

3. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. September 2003

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	19
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	19

Fragestunde

1. Schon wieder nasse Keller Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 15. Juli 2003	20
2. Hollerland vollständig für die NATURA 2000 melden! Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Crueger, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. August 2003	22
3. Hohe PCB-Belastungen in Schulen Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. August 2003	23
4. Wiederbesetzung der Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin der Glocke GmbH Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29. August 2003	24
5. Bahnhofsvorplatz als „Streetspot“ für Skater Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 2. September 2003	26

Aktuelle Stunde	26
------------------------------	----

Neubildung eines Jugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 19. August 2003 (Drucksache 16/13 S)	26
---	----

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1
vom 19. August 2003**

(Drucksache 16/17 S) 27

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2
vom 2. September 2003**

(Drucksache 16/23 S) 27

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen 27

Stopp der Trainingsrennbahn in der Mahndorfer Marsch

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. September 2003

(Drucksache 16/24 S)

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Trainingszentrale in Arbergen/Mahndorf

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 10. September 2003

(Drucksache 16/25 S)

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	27
Abg. Frau Winther (CDU)	29
Abg. Liess (SPD)	31
Bürgermeister Perschau	33
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	34
Abstimmung	35

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Möhle, Peters, Frau Speckert, Tschöpe, Frau Wangenheim.

Präsident Weber
Vizepräsident Ravens **Schriftführerin Arnold-Cramer**

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen
und für Kultur

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.31 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die dritte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder des Bürgervereins Findorff.

(Beifall)

Seien Sie ganz herzlich willkommen!

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Trainingszentrale in Arbergen/Mahndorf, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 10. September 2003, Drucksache 16/25 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Punkt außerhalb der Tagesordnung „Stopp der Trainingsrennbahn in der Mahndorfer Marsch“, Drucksachen-Nummer 16/24 S, zu verbinden.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Kindergartenplätze für Kinder des 4. Quartals
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 12. August 2003
(Drucksache 16/12 S)
2. Kosten für die West-Erweiterung des Technologieparks
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 5. August 2003
(Drucksache 16/11 S)
3. Geplante Schließung des Schlossparkbades
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/18 S)
4. Geplante Schließung des Heidbergbades
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/19 S)
5. Geplante Schließung des Freibades in Blumenthal
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/20 S)
6. Geplanter Verkauf des Horner Bades
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/21 S)
7. Gewerbegebietentwicklung und Trainingsrennbahn in der Arberger und Mahndorfer Marsch?
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 26. August 2003
(Drucksache 16/22 S)
8. Vermarktung und Nutzung der Hemelinger Marsch
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 19. August 2003
(Drucksache 16/14 S)
9. Konsequenzen aus dem Verkauf des Geländes Lothringer Straße (Nr. 20 - 30)
- Perspektiven für die Kinderschule Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 19. August 2003
(Drucksache 16/15 S)
10. Versorgungssituation mit Betreuungs- und Hortplätzen für Schulkinder
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Juli 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 19. August 2003
(Drucksache 16/16 S)

Meine Damen und Herren, zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt vier, Petitionsbericht Nummer eins, mit Petitionsbericht Nummer zwei außerhalb der Tagesordnung zu verbinden.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen fünf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Schon wieder nasse Keller**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie waren die Wettermeldungen für Freitag, den 11. Juli 2003, für Bremen, und wie groß waren die Niederschlagsmengen in den Stadtteilen Findorff, Gröpelingen und Walle in der Zeit von 16 bis 17 Uhr, von 17 bis 18 Uhr und von 18 bis 19 Uhr?

Zweitens: Welche Vorsichtsmaßnahmen wurden aufgrund der Meldungen der Wetterdienste durch die Verantwortlichen getroffen?

Drittens: Welche Erkenntnisse aus den Starkregenereignissen in den vergangenen Jahren haben die Verantwortlichen in die Strategie zur Bewältigung von Starkregenereignissen einfließen lassen, und hat sich diese Strategie am 11. Juli 2003 bewährt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Für den 11. Juli lagen keine Wettermeldungen vor, die auf ein spezielles Starkregenereignis hinwiesen.

Am Regenschirm „PW Findorff“, der die angefragten Stadtteile umfasst, wurden am 11. Juli folgende Niederschläge gemessen: zwischen 16 und 17 Uhr 0,7 Millimeter; zwischen 17 und 18 Uhr 31,5 Millimeter, davon 25,5 Millimeter in zehn Minuten; zwischen 18 und 19 Uhr 0,1 Millimeter.

Zu zwei: Die Beherrschung von Starkregenereignissen stellt eine komplexe technische Aufgabe dar, deren Erledigung ein hohes Maß an Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert.

Im bremischen Kanalnetz ist eine Reihe von Sensoren installiert, die die Abflusssituation im Kanalnetz erfassen. Die hierdurch erfassten Daten steuern im Kanalnetz zum Beispiel Schieber, Überlaufwehre und Pumpen. Hierdurch ist sichergestellt, dass das Kanalsystem jederzeit automatisch auf unterschiedliche hydraulische Belastungen reagieren kann.

Die Tatsache, dass der Zeitpunkt des Auftretens von Regenereignissen, ihre Intensität und ihre starke punktuelle Verteilung nicht gänzlich vorhersehbar sind, macht es erforderlich, dass eine permanente Einsatzbereitschaft besteht. Wetterbeobachtungen beziehungsweise Informationen des Deutschen Wetterdienstes können dies lediglich unterstützen, da sie nie so genau sind, um quartiersbezogene Vorhersagen zu ermöglichen.

In diesem Sinne waren auch für das Ereignis am 11. Juli 2003 alle Voraussetzungen gegeben, die Regenmengen den verschiedenen Anforderungen entsprechend aufzunehmen, den Kläranlagen zuzuleiten, im Netz und im Regenbecken zwischenspeichern und in die Gewässer zu entlasten.

Zu drei: Die öffentlichen Abwasseranlagen werden gemäß den Vorgaben der Stadt nach den Regeln der Technik erstellt, unterhalten und betrieben. Die Regeln der Technik sehen wie in allen anderen Städten Deutschlands auch für bestimmte Betriebszustände - dazu gehören zum Beispiel Starkregenereignisse - erhöhte Wasserstände im Kanalnetz bis zur Straßenoberkante vor. Das vom Arbeitskreis Keller begleitete Gutachten von Professor Schmitt aus Kaiserslautern hat gezeigt, dass im Gegensatz zum öffentlichen Netz die untersuchten privaten Anlagen zu rund 80 Prozent nicht den Regeln der Technik beziehungsweise den gesetzlichen Bestimmungen entsprachen.

Der Arbeitskreis Keller, Haus und Grund e. V., der Senator für Bau und Umwelt sowie Hansewasser haben daher in den letzten beiden Jahren gemein-

sam neben dem individuellen Förderungsangebot eine weitere Strategie zur Lösung dieses Problems erarbeitet, die im Frühjahr vom Senator für Bau und Umwelt der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Danach werden Anliegergrundstücke von öffentlichen Kanalsanierungsmaßnahmen - nach vorheriger Überprüfung - individuell über Sanierungsnotwendigkeiten der jeweiligen privaten Entwässerungsanlage informiert und beraten. Bei festgestelltem Sanierungserfordernis wird gegenüber den Grundstückseigentümern auch der bestehende gesetzliche Verpflichtungscharakter berücksichtigt. Erste Erfahrungen in der Straße An der Finkenau in Oslebshausen haben die positive Wirkung dieser Strategie auf den Überschwemmungsschutz bestätigt.

Darüber hinaus ist zwischen der Stadt und Hansewasser als Langfriststrategie festgesetzt, dass im Rahmen von Sanierungsarbeiten das Kanalvolumen um zirka zehn Prozent vergrößert wird. Eine Maßnahme in der Hamburger Straße ist zum Beispiel bereits abgeschlossen, am Waller Ring wird diese Volumenerweiterung zurzeit ausgeführt.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Obwohl es eine ausführliche Antwort war, habe ich doch noch einige Zusatzfragen.

Herr Senator, bei vielen Mitbürgern hier in Bremen, eine davon ist unsere Kollegin aus der Brahmsstraße, die für sehr viel Geld nachgerüstet hat, ist es trotz umfangreicher Nachrüstung wieder zu Überschwemmungen gekommen. Können Sie sich vorstellen, dass Sie vielleicht gemeinsam mit Hansewasser eine Aktion starten, Betriebe zu zertifizieren, dass diejenigen, die viel Geld für Nachrüstung investieren, auch so etwas wie eine Gewähr bekommen, dass ihr Keller dann anschließend auch nicht mehr als Rückhaltebecken dient?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich weiß nicht, ob es diese Garantie geben kann. Wichtig ist, dass man schon, und das wird in Zusammenarbeit mit Hansewasser auch schon gemacht, eine Schulungsmaßnahme für Betriebe durchführt, damit tatsächlich die Mitarbeiter auch entsprechend geschult und fachkundig diese Maßnahmen vor Ort durchführen können. Eine hundertprozentige Garantie, so befürchte ich, wird es auch dann nicht geben, Herr Oppermann.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Senator, viele Mitbürger sagen, diese Rückhaltebeckenkeller gibt es erst, seitdem die Notausflüsse wieder verschlossen worden sind. Können Sie sich vorstellen, da noch einmal eine Strategie zu überdenken, dass man an gewissen kritischen Punkten - es sind ja einige Stadtteile, die besonders betroffen sind - noch einmal über eine Öffnung der Notausflüsse nachdenkt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Zunächst einmal muss man sagen, dass zumindest das Gutachten von Herrn Professor Schmitt eindeutig zum Ergebnis gekommen ist, dass es nur geringe Verbesserungen mit sich bringt. Trotzdem, finde ich, sollte man auch immer wieder einmal von Zeit zu Zeit überprüfen, ob die Parameter, die bei diesem Gutachten die Grundlage für dieses Ergebnis waren, heutzutage noch stimmen. Darüber hinaus müssen wir zu weiteren Verbesserungen kommen, und deshalb überlegen wir auch zurzeit, inwieweit wir insgesamt eine tatsächliche Entkoppelung von Mischwasser erreichen können, dass wir quasi das Niederschlagswasser nicht unbedingt in das Kanalsystem leiten.

Auch da gibt es diverse Möglichkeiten, die zurzeit in meinem Haus untersucht werden, und ich hoffe, dass wir auch da der Bürgerschaft relativ zeitnah ein Ergebnis präsentieren können. Ich glaube, dass das eine Maßnahme sein kann, die auch die Keller in diesen Extremsituationen tatsächlich schützt. Ich möchte aber an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen, dass diese Diskussion auch immer wieder bei Regenfällen in anderen Städten auftaucht, und gerade bei den Unwettern Anfang Juli dieses Jahres konnte man aus zahlreichen anderen Städten leider noch viel schlimmere Bilder sehen. Ich sage das noch einmal: Ich befürchte, einen hundertprozentigen Schutz wird es nicht geben, sondern wir müssen alle Maßnahmen unternehmen, damit bei diesen Extremereignissen das Risiko minimiert wird.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Für die Betroffenen ist natürlich eine Zunahme in den letzten Jahren unverkennbar. Es ist in den letzten fünf, sechs Jahren mehrfach dazu gekommen. Herr Senator, könnten Sie sich denn vorstellen, gemeinsam mit Fachleuten Ihres Ressorts und Hansewasser in den besonders betroffenen Stadtteilen noch einmal Veranstaltungen zu machen, um die Bevölkerung und die Hausbesitzer dahingehend zu informieren, was Sie sich für die Zukunft vorstellen? Es ist auch sehr umstritten, inwieweit

Hansewasser sich beteiligt, wenn Hausbesitzer das in Eigenarbeit machen. Es gibt ja durchaus Menschen, die handwerklich so geschickt sind, dass sie das auch in Eigenleistung machen können. Dort gibt es, glaube ich, noch Schwierigkeiten mit der finanziellen Beteiligung von Hansewasser.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Nach meinen Informationen ist auf der letzten Sitzung des runden Tisches darüber entsprechend gesprochen worden. Man hat vereinbart, dass solche Informationsveranstaltungen vor Ort durchgeführt werden, und der Termin der ersten Veranstaltung ist, glaube ich, auch für Anfang November schon mit dem Ortsamt abgesprachen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Hollerland vollständig für die NATURA 2000 melden!**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Crueger, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird der Senat seiner gegenüber dem Bundesumweltministerium eingegangenen Verpflichtung nachkommen und bis Mitte September 2003 die Entwurfsunterlagen des gesamten Hollerlandes als FFH-Vorschlagsgebiet einreichen?

Zweitens: Wenn nein, warum nicht?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Antwort ist Gott sei Dank etwas kürzer. Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat hat am 9. September 2003 beschlossen, unter anderen die überwiegenden Teile des Hollerlandes als FFH-Gebiet vorzuschlagen. Die erforderlichen Unterlagen werden bis Mitte September 2003 - bis zum 15. September ist verein-

bart - dem Bundesumweltministerium übersandt werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Nach den Unterlagen ist es so, dass knapp hundert Hektar vom Hollerland nicht gemeldet werden sollen. Da ist zunächst die Frage: Welche Bereiche sollen gemeldet werden, beziehungsweise welche sollen nicht gemeldet werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Nicht gemeldet werden soll ein zirka 700 Meter breiter Streifen, der parallel zur Autobahn verläuft. Die anderen Gebiete des Hollerlandes werden gemeldet.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Eckhoff, Ihnen ist doch bekannt, dass die Entscheidung, was gemeldet werden muss für die Natura 2000, keine politische Entscheidung ist, sondern sich nur an ökologischen und naturschutzfachlichen Kriterien zu bewegen hat. Die Frage ist hier: Welche ökologischen und naturschutzfachlichen Kriterien hat der Senat zugrunde gelegt, die ihn dann zu dieser Entscheidung geführt haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Dass in diesem Gebiet, Frau Dr. Mathes, zum einen die Binnensalzstelle Pannlake liegt, bei der nach allgemeiner Auffassung zwingend erforderlich ist, dass sie gemeldet werden muss, und zum anderen, dass der überwiegende Teil der Schlammpeizker- und Steinbeißervorkommen sich auch in diesem Bereich des Hollerlands befindet! Das haben die Zählungen der Vergangenheit ergeben, und deshalb ist aus diesen naturschutzrechtlichen Überlegungen dieser Teil des Hollerlands gemeldet worden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Bekannt ist die Tatsache, dass das einzige Vorkommen einer bestimmten Käferart, nämlich dieses schmalbindigen Breitflügeltauchkäfers, im Hollerland ist. Das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, dass das Bundesumweltministerium gesagt hat, das Hollerland sei zu melden. Woher wissen Sie denn eigentlich um den Lebensraum für das Überleben dieser Käferart, die, wie man sagen

muss, wenn Sie hier in Bremen die Flächen zerstören, verschwunden ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da gibt es bei uns eine ganze Abteilung, die sich ausgiebig mit dieser Frage beschäftigt und dann auch entsprechende Vorschläge macht. Auch hier ist noch einmal betont worden in einem Vermerk, weil ich fast gedacht habe, dass diese Frage noch einmal kommt, liebe Frau Dr. Mathes, dass die Defizite bezüglich der Binnensollstelle und des einzigen Vorkommens des schmalbindigen Breitflügeltauchkäfers, *Graphoderus bilineatus*, in der atlantischen Region damit als behoben erscheinen. Das ist eine Beurteilung der Naturschutzleute in meinem Hause. Dieser habe ich mich dann gern angeschlossen.

Ich gehe davon aus, dass man aufgrund zahlreicher Zählungen, die man in der Vergangenheit immer wieder vorgenommen hat, entsprechend diese Meldung auch vorgenommen hat. Ich will das noch einmal deutlich sagen, weil das häufig ein falscher Eindruck ist: Es gab zu keinem Zeitpunkt eine Aufforderung der EU-Kommission, das gesamte Hollerland zu melden, sondern es wurden bestimmte Defizite für die Bundesrepublik Deutschland definiert. Diese haben bei einer Tagung der Umweltministerkonferenz im Mai noch einmal eine Rolle gespielt, dann ist ein Fahrplan verabschiedet worden. In diesem Fahrplan wird gesagt, dass die Länder nach ihren Auffassungen die Defizite entsprechend beheben und bis Mitte September melden müssen. Diesem ist Bremen nachgekommen. Es wird jetzt eine bundeseinheitliche Meldung an die EU bis Mitte November und dann mit der EU-Kommission im Januar 2004 noch einmal bilaterale Gespräche geben, ob diese Meldungen ausreichend sind oder nicht. Ich finde, diese Gespräche können wir abwarten. Nach unserer Auffassung hat Bremen damit seine Verpflichtungen erfüllt, die Nachmeldungen vorzunehmen.

Es ist auch nicht nur das Hollerland gemeldet worden. Ich finde, als Umweltpolitikerin der Grünen, vielleicht darf ich das noch ergänzen, hätten Sie auch die Frage nach den weiteren Gebieten stellen können. Ich finde, Bremen hat dort mit 1000 Hektar Nachmeldungen noch einmal einen ganz erheblichen Beitrag geleistet, um tatsächlich auch diesen Defiziten der Bundesrepublik Deutschland nachzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte jetzt nicht die Frage zu den weiteren Gebieten stellen. Natürlich interessieren mich diese als Umweltpolitikerin genauso. Nichtsdestoweniger hat das Hollerland durchaus eine herausragende Stellung. Erstaunlich ist an dieser Sache insbesondere, dass plötzlich die fachliche Beurteilung aus dem Hause des Senators für Bau und Umwelt sich offensichtlich mit Ihrer Amtsübernahme geändert hat.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da ich nicht alle Vermerke der letzten vier Jahre gelesen habe, kann ich mir nicht vorstellen, und ich habe es auch in den letzten vier Jahren aus dem Hause des Bau- und Umweltsenators nicht gehört, dass zwangsläufig das gesamte Hollerland gemeldet werden muss. Es ist immer darüber diskutiert worden, dass es Defizite in diesem Bereich gibt und dass man das dementsprechend korrigieren muss. Ich finde, dies haben wir auch beim Hollerland entsprechend gewährleistet.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Hohe PCB-Belastungen in Schulen**“. Die Anfrage wurde unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Sieht der Senat die Notwendigkeit, die Messungen der Belastung von Schulen und anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen mit polychlorierten Biphenylen, PCB, zu beschleunigen?

Zweitens: In welcher Form ist die Finanzierung der akut notwendigen Maßnahmen zum Beispiel in der Ronzellenstraße abgesichert?

Drittens: In welcher Form wird die Gesamtfinanzierung der PCB-Sanierung unabhängig vom Gebäudesanierungsprogramm sichergestellt?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Staatsrat Lühr.

Staatsrat Lühr: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senat hat mit seinen Beschlüssen vom 12. März 2002 und 20. Mai 2003 zur Einrichtung und zur Weiterführung eines Messprogramms zur Ermittlung von PCB-Vorkommen in öffentlichen Gebäuden die Grundlage geschaffen, um in absehbarer Zeit, das betone ich noch einmal ausdrücklich, einen Überblick über die PCB-Belastung von Schulen und anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen zu erhalten.

Eine Möglichkeit zur Beschleunigung der Messung sieht der Senat nicht, weil das Messprogramm für Schulen, Kindertagesheime, Spielhäuser und Jugendfreizeitheime bereits an der Kapazitätsgrenze gefahren wird. Die Messungen sind im Übrigen bereits zu großen Teilen durchgeführt und werden nach den Planungen Anfang 2004 abgeschlossen sein.

Zu zwei: Die im Südtrakt des Schulzentrums Ronzelenstraße festgestellten PCB-Belastungen von über 3000 Nanogramm pro Kubikmeter Raumluft und die daraufhin erfolgte Schließung dieses Traktes haben in der 34. und 35. Kalenderwoche Übergangslösungen für die Schüler und die Organisation des Unterrichts erforderlich gemacht. Zwischenzeitlich wurden die PCB-belasteten Dehnungsfugen gegen weitere Emissionen abgedichtet. Die nachfolgende Messung ergab mit Ausnahme eines Raumes eine deutliche Reduzierung auf Belastungen unterhalb des Interventionswertes von 3000 Nanogramm pro Kubikmeter, so dass alle übrigen Räume für die Nutzung wieder freigegeben werden konnten. Der gesperrte Raum soll nachbehandelt werden, um auch hierfür kurzfristig eine Freigabe zu erreichen. Die geringen Kosten dieser Übergangslösung konnten innerhalb des Gebäudesanierungsprogramms 2003 dargestellt werden. Es ist vorgesehen, die PCB-Sanierung des Schulzentrums Ronzelenstraße in das Gebäudesanierungsprogramm 2004 aufzunehmen.

Zu drei: Wie bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Juli 2003 dargestellt wurde, ist nach der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, die PCB-Sanierung in Zusammenhang mit dem Gebäudesanierungsprogramm zu regeln. Das durch PCB-Belastungen verursachte höhere Sanierungsvolumen kann nur durch eine Verlängerung des bisher auf sieben bis acht Jahre angesetzten Sanierungszeitraums dargestellt werden. Die künftigen Gebäudesanierungsprogramme werden somit auch die erforderliche PCB-Sanierung berücksichtigen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Zu dem ersten Punkt! Sie haben gesagt, dass das

Messprogramm nicht beschleunigt werden könne, weil das an Kapazitätsgrenzen gestoßen sei. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Man muss doch nur entsprechende Firmen und Institute beauftragen, die entsprechenden Proben zu nehmen und das zu messen. Das hat nichts mit irgendwelchen behördlichen Kapazitäten in größerem Umfang zu tun, sondern ist lediglich eine Frage der Auftragserteilung.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Lühr: In der Diskussion hat in den letzten Wochen eine Rolle gespielt, ob die Messprogramme überhaupt finanziert werden. Ich kann Ihnen die erfreuliche Nachricht geben, dass diese Messprogramme alle ausreichend aus dem laufenden Haushalt finanziert sind. Da gibt es keine Probleme. Wir bemühen uns, das zielgerichtet voranzutreiben, aber das hängt eben nicht an Verwaltungskapazitäten, sondern auch an freien Kapazitäten von entsprechenden Firmen. Wir bemühen uns, die Messungen bis Anfang 2004 abzuschließen. Dies kann ich Ihnen aus der Sicht des Beteiligungsressorts Senator für Finanzen jetzt verbindlich zusagen. Das müsste man gegebenenfalls noch einmal nachprüfen und Ihnen dann schriftlich mitteilen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist es dann auch richtig, wenn ich es so zusammenfasse, dass dadurch, dass die Gelder jetzt vorhanden sind und bereitgestellt werden, von harem Hause versucht wird, eine Beschleunigung des Messprogramms zu erreichen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Lühr: Ich würde realistisch davon ausgehen, dass wir bis Anfang 2004 fertig sind. Wir können uns jetzt auch nicht selbst überholen, sondern werden das zielgerichtet weiterführen, weil das dann wiederum die Grundlage ist, eine Bestandsaufnahme, eine Kostenermittlung und auch eine Orientierung auf die weiteren Schritte zu machen in den Gebäudesanierungsprogrammen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Wiederbesetzung der Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin der Glocke GmbH**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wir fragen den Senat:

Beabsichtigt der Senat, die Stelle des Geschäftsführers/der Geschäftsführerin der Glocke GmbH wiederzubesetzen, und wenn ja, wann?

Präsident Weber: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Stelle der Geschäftsführung der Glocke Veranstaltungs-GmbH ist umgehend nach dem Ausscheiden von Herrn Dr. Weinsberg durch Herrn Entholt wiederbesetzt worden. Diese Besetzung gilt vorläufig bis zur Erstellung einer Neukonzeption.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen):
Würden Sie mir bitte erläutern, warum Sie jetzt, was ich bisher weder in der Kulturdeputation noch in der Öffentlichkeit gehört habe, die Neukonzeption für nötig halten, und bis wann wird diese vorliegen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Frau Abgeordnete, wie Sie vielleicht wissen, befinden wir uns in einer sehr intensiven Beratung über die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2004 und 2005. Wenn ich mir das Papier des Finanzsenators ansehe, dann sind wir, glaube ich, extrem klug beraten, im Moment weitere kostenintensive und kostenwirksame Entscheidungen so lange zurückzustellen, bis wir einen Überblick haben. Wenn es bei den Zahlen bleibt, die in diesem Papier zu sehen sind, dann werden wir wahnsinnige Probleme bekommen, im Kulturbereich überhaupt noch weitere Stellen zu besetzen, und werden große Probleme haben, die vorhandenen Einrichtungen offen zu halten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bewusst, dass Sie bei aller Verpflichtung, sparsam vorzugehen und Ressourcen nach genauem Augenmaß einzusetzen, aber auch eine kulturpolitische Verantwortung für das Wohlergehen der Glocke haben und diese nun einmal zu den kulturpolitisch mit langer Tradition erfolgrei-

chen Einrichtungen Bremens gehört und dass es sich um ein Problem handeln könnte, wenn man die Stelle für ein so renommiertes Haus nicht wiederbesetzt, weil Sie die Qualität des Hauses und seiner Angebote, die auch Besucher nach Bremen ziehen sollen, damit gefährden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Verehrte Frau Abgeordnete, da Sie selbst einmal dieses Amt hatten, werden Sie wissen, dass die Glocke ein Vermietungsgeschäft betreibt von über 85 Prozent der Veranstaltungen. Die Differenz ist bisher im Eigengeschäft gemacht worden, das heißt mit eigenen von der Glocke aus organisierten Veranstaltungen, allerdings auch im Regelfalle mit einem beachtlichen Defizit. Das hat etwas damit zu tun, wenn man besondere Veranstaltungen generieren will, bringt man, wenn es besondere sind, nicht immer diese Veranstaltungen zu einem erfolgreichen finanziellen Abschluss.

Weil das so ist und weil die Finanzlage so ist, wie sie ist, wollen wir diese Frage, ob und wann wir die Glocke mit einem künstlerischen Geschäftsführer besetzen, davon abhängig machen, was wir nach dem Abschluss der Eckwerte uns wirklich leisten können. Ich hielte es in grobem Maße für sehr leichtfertig, in der jetzigen Zeit und in dieser Situation solche Entscheidungen nun zu treffen, wenn ich jederzeit damit rechnen muss, dass ich eine ganze Reihe von Kultureinrichtungen möglicherweise schließen muss, wenn die Zahlen, wie sie zurzeit vorliegen, tatsächlich umgesetzt werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen):
Wenn Sie davon ausgehen, dass auch Ihr Verhandlungsgeschick vielleicht so aussieht, was die Durchsetzung der Eckwerte für den Kulturbereich angeht, dass Sie demnächst etliche Kultureinrichtungen werden schließen müssen, glauben Sie, dass sich das noch mit der Bewerbung Bremens zur Kulturhauptstadt 2010 vertragen würde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Weil das so sein könnte, Frau Abgeordnete, können Sie davon ausgehen, dass ich das, was in meiner Kraft steht, tun werde, um den Kulturstandort Bremen in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und damit auch die Ausstrahlungskraft zu sichern, die erforderlich

ist, damit wir erfolgreich die Bewerbung für die Kulturhauptstadt abgeben können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann habe ich Sie also richtig verstanden, dass Sie noch einmal sehr ernsthaft prüfen werden, ob die künstlerische Geschäftsführung für das Haus der Glocke nicht doch ausgesprochen notwendig ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich möchte das sehr gern, Frau Abgeordnete, ich muss es nur können!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke sehr!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf den **Bahnhofsvorplatz als „Streetspot“ für Skater**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pietrzok, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Pietrzok!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat das Vorhaben, den Bahnhofsvorplatz als Zwischennutzung bis zur Verwertung als Investorengrundstück als Streetspot für Skater herzurichten?

Zweitens: Welche Kosten sind aus Herrichtung, Betrieb, Versicherung und laufender Unterhaltung zu erwarten, und durch wen werden sie getragen?

Drittens: Kann der Senat gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche als Nutzerinnen und Nutzer keinen Gefährdungen durch problematische Personengruppen im Umfeld des Bahnhofs ausgesetzt sind, wenn sie den Streetspot besuchen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Vorhaben wird grundsätzlich positiv beurteilt. Ob es für einen längeren Zeitraum als Zwischennutzung tragfähig ist, soll über eine achtwöchige Probephase mit mobilen, nicht ortsfesten Einrichtungen getestet werden. Im Rahmen einer anschließenden Auswertung unter Beteiligung des Senators für Inneres und des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Zu Frage zwei: Da die Einrichtung von Streetspots keinen großen baulichen Aufwand erfordert, wird davon ausgegangen, dass nur geringe Investitions-, Betriebs- und Unterhaltungskosten anfallen. Die Kosten werden aus noch verfügbaren Restmitteln Bahnhofsvorplatz sowie aus Mitteln des Verwaltungsvermögens Gewerbeflächen übernommen.

Zu Frage drei: Aufgrund der vom Sportgarten e. V., Betreiber der Skateranlage Pauliner Marsch, übernommenen Umsetzung des Vorhabens und einer damit verbundenen Vor-Ort-Betreuung durch verantwortliche erwachsene Ansprechpersonen während der Betriebszeiten geht der Senat davon aus, dass Kinder und Jugendliche im Streetspot-Bereich keiner besonderen Gefährdung durch problematische Personengruppen aus dem Bahnhofsumfeld ausgesetzt sein werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege?

(Abg. Pietrzok [SPD]: Ich habe keine Zusatzfrage. Ich freue mich sehr darüber, dass das funktioniert. Vielen Dank! - Beifall)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung der fünften Anfrage ist die Fragestunde erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Neubildung eines Jugendhilfeausschusses Mitteilung des Senats vom 19. August 2003 (Drucksache 16/13 S)

Die Wahlvorschläge sind in der Ergänzung der Mitteilung des Senats enthalten.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1 vom 19. August 2003
(Drucksache 16/17 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 2 vom 2. September 2003
(Drucksache 16/23 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Der Ausschuss hat darum gebeten, die Petition S 15/249 auszusetzen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Stopp der Trainingsrennbahn in der Mahndorfer Marsch

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. September 2003
(Drucksache 16/24 S)

Wir verbinden hiermit:

Wirtschaftlichkeitsprüfung der Trainingszentrale in Arbergen/Mahndorf

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 10. September 2003
(Drucksache 16/25 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fordern heute, dass von der Realisierung der Trainingsrennbahn Abstand genommen wird und dass dieses Projekt angesichts der neu eingetretenen Trends beerdigt wird.

Ich möchte mich gleich zu Beginn entschuldigen, dass wir Ihnen eine Neufassung unseres Antrags nachreichen mussten. Es hatten sich Tippfehler bei den Zahlen eingeschlichen, aber der Substanz nach hat sich unser Antrag nicht geändert und auch nichts von seiner Brisanz verloren.

Ich möchte noch einmal kurz die Vorgeschichte der politischen Auseinandersetzung um die Rennbahn und auch die Trainingsbahn erläutern. Die Renovierungen, die versuchte Attraktivitätssteigerung der Rennbahn in der Vahr und die Verlagerung der Trainingsrennbahn in die Mahndorfer Marsch gehörten zum Tourismuskonzept der großen Koalition. In der Hoffnung, dadurch mehr Besucher und Touristen an Bremen zu binden und den Standort aufzuwerten, hielt man es für gerechtfertigt, erhebliche öffentliche Gelder zu be-

ginn der Planung, vor ein paar Jahren handelte es sich um 42 Millionen DM, in die Rennbahn zu stecken.

Es hat dann in der Wirtschaftsdeputation und den Wirtschaftsförderungsausschüssen von Seiten der SPD und der Grünen erhebliche Problematisierungen dieser Investitionen gegeben, weil wir zu bedenken gaben, das waren auch damals schon schwierige Zeiten, in denen man mit öffentlichen Investitionen sehr vorsichtig umgehen musste, ob ein solches Projekt erste Priorität genießen sollte und ob man nicht verlangen müsste, dass es zumindest, wenn man sich schon davon nicht politisch verabschieden wollte, doch einen höheren privaten Anteil geben sollte. Dann hat es etliche Verhandlungen gegeben, und daraufhin hat man dann erreicht, dass der Anteil der privaten Investoren gesteigert wurde und der öffentliche Anteil niedriger wurde, zumindest wurde er niedriger gerechnet und niedriger in den Gremien dargestellt.

Dann hat sich aber im Mai dieses Jahres herausgestellt, dass das CDU-geleitete Wirtschaftsressort an den Beschlüssen der Gremien vorbei doch mehr staatliche Gelder in dieses Projekt gesteckt und bewilligt hatte, als beschlossen worden waren. Das hat da schon für erheblichen Ärger gesorgt. Ich finde auch, und gerade SPD und Grüne haben deutlich gemacht, dass man sich so etwas nicht gefallen lassen kann, dass das parlamentarisch nicht geht. Das ist die Vorgeschichte des Streits um die Rennbahn in der Vahr und damit verbunden aber auch die Verlagerung der Trainingsrennbahn in die Mahndorfer Marsch.

Dass es überhaupt zu dieser Verlagerung kommen muss, hängt auch mit dem Hotelneubau, der durch die Firma Zech erfolgen soll, auf der Rennbahn zusammen. Sonst könnte man auch die Frage stellen, ob unter diesen schwierigen Haushaltsbedingungen eine solche Aufwertung der Rennbahn im Moment wirklich das ist, was man glaubt, vertreten zu können und zu müssen.

Ich glaube, es ist auch kein Zufall, dass dieses Projekt vom ehemaligen Wirtschaftsstaatsrat Haller besonders protegiert worden ist. Wenn Sie sich noch an das Pro und Kontra letzte Woche im „Weser-Report“ erinnern, danach, trotz aller gegenseitiger Meldungen, Zahlen und Trends, ist Herr Haller, so könnte man im Moment meinen, ungefähr der Letzte, der von dieser Investition noch völlig überzeugt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch noch einmal besonders zu betonen, dass neben den anderen Projekten, die uns in den letzten Jahren

doch viel Auseinandersetzungstoff geliefert haben, wie Musical und Space-Park auch diese Rennbahn ein besonderes Lieblingsprojekt von Herrn Haller ist. Mittlerweile kann man sich manchmal fragen, warum dieser Mann, der nun schon einiges in den Sand gesetzt hat, eigentlich so ein besonderes wirtschaftspolitisches Renommee in dieser Stadt genießt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zur Trainingsrennbahn! Meine Damen und Herren, bei dieser noch geplanten Investition setzt man im wahrsten Sinne des Wortes auf ein falsches Pferd. In die Verlagerung und Herrichtung der Trainingsrennbahn sollen öffentliche Gelder gesteckt werden, und zwar inklusive der Grundstückskosten. Ich möchte Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen, warum ich der Meinung bin, warum man diese Grundstückskosten in die Berechnung einbeziehen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Uns ist im Mai gesagt worden, nein, die Kosten für das Grundstück haben etwas mit der Erschließung der Arberger und Mahndorfer Marsch zu tun,

(Abg. Focke [CDU]: Sehr wohl!)

das muss man in die Kosten für die Trainingsrennbahn nicht hineinrechnen. Meine Damen und Herren, die Philosophie der ganzen Umgestaltung der öffentlichen Finanzierung auf Kosten- und Leistungsrechnung, die wir betreiben, auch immer mit deutlicher Unterstützung der CDU, ich finde, das ist im Prinzip auch richtig, zielt darauf, dass man die genauen Kosten jedes Projektes genau ermitteln muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss also auch die Grundstückskosten bei einer solchen Trainingsrennbahn einrechnen, man kann sie nicht woanders vermuddeln. Das geht nicht! Entweder gilt die Philosophie, oder sie gilt nicht, aber nicht gerade interessengeleitet, wie man es gern möchte, einmal so und einmal andersherum!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann hat es außerdem den Bericht des Landesrechnungshofs gegeben, in dem deutlich geworden ist, wenn man sich die Gesamtfinanzierungskosten anschaut - wir alle wissen, dass daran die Zinsen hängen, die die konsumtiven Haushalte immer belasten -, dass sich das dann nach 18 Jahren auf 27,6 Millionen Euro, was die Gesamtkosten angeht, beläuft. Das ist irgendwie nicht

nichts, sondern das ist eine erhebliche Investitionssumme, zu der ich noch einmal betonen möchte, in den jetzigen Zeiten muss man genau abwägen, handelt es sich um eine absolut notwendige Investition, oder ist es ein Projekt, das man in goldenen Zeiten vielleicht für wünschenswert, aber im Moment nicht für legitimierbar hält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sind aber in der Tat neue Entwicklungen eingetreten. Der wichtigste Trainer, Herr Wöhler, der mit den meisten Pferden, geht aus Bremen weg. Er verlagert seinen gesamten Trainingsbetrieb nach Ravensberg in Nordrhein-Westfalen. Wie man in den letzten Tagen in der Presse lesen konnte, ist es so, dass offensichtlich der Schwerpunkt des Pferderennsports sich nach Nordrhein-Westfalen verlagert. Es gab diesen wunderbar auskunftreichen Artikel im „Weser-Kurier“ im Sportteil vom 4. September unter der Überschrift „Vielen Rennbahnen droht die Insolvenz“. Etliche sind schon pleite. Neben allen Problemen, die Recklinghausen, Bremen, Hannover und so weiter mit ihren Rennvereinen haben, gibt es außerdem den deutlichen Trend, es gibt eine Konzentration des Rennsports auf Nordrhein-Westfalen, so dass Bremen auch für diejenigen, die Pferde haben, nicht die günstigste Lage hat, weil es viel weitere Anfahrtswege gibt. Von daher muss man überlegen, ob denn ein solches staatliches Engagement für eine Rennbahn und eine Trainingsrennbahn im Moment die richtige politische Entscheidung ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie angekündigt, dass Sie jeden Euro, auch jeden Euro für Investitionen, besonders auf die Waage legen wollen und genau prüfen, ob sie denn noch sein müssen oder ob man sich in diesen schwierigen Zeiten vielleicht auch von dem einen oder anderen Projekt verabschieden muss. Ich habe, ehrlich gesagt, bis gestern, was die Trainingsrennbahn angeht, den Eindruck gehabt, dass Sie überhaupt nicht bereit sind, hier irgendetwas in die Realität umzusetzen.

Jetzt ist uns hier auf den letzten Drücker gestern Nachmittag der Antrag der Koalition ins Haus geflattert, mit dem Sie eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung dieser Trainingsrennbahn verlangen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr gut!)

Sehr gut! Ich kann nur sagen, ich freue mich darüber. Das heißt auch, dass mein Eindruck, dass Sie das alles überhaupt nicht mehr berührt, was sich sonst so tut, nicht zutrifft, sondern dass Sie

sich das hier nun doch zu Herzen nehmen wollen und dass Sie das noch einmal überprüfen wollen. Das ist richtig.

Wir Grünen, daraus haben wir keinen Hehl gemacht, haben in der Sache eine Position. Wir sind der Meinung, dass wir diese Überprüfung nicht brauchen, weil es aus unserer Sicht prinzipielle und finanzielle Gründe gibt, dieses Projekt nicht zu realisieren. Sie wollen jetzt, dass im Oktober der Wirtschaftsdeputation von dieser Prüfung berichtet wird.

Jetzt habe ich nur eine Bitte, meine Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, sondern wir werden uns bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten, weil wir in der Tat den weitergehenden Antrag der Sache nach haben. Eine Bitte habe ich aber an Sie, wenn Sie das jetzt alles noch einmal bis Mitte Oktober überprüfen, bitte kein Gutachten des BAW!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Pflugradt [CDU]: Was meinen Sie wohl, was dabei herausgekommen wäre, wenn Ihr Übermaxx geprüft worden wäre!)

Bitte keine besondere Expertise von Herrn Haller! Ich habe eben schon einmal gesagt, dass ich mich manchmal wundere, wenn andere Leute sich so viele schwierige Projekte und Pleiten geleistet hätten wie Herr Haller, würde man dem öffentlich nicht mehr die Füße küssen. Ich finde, die Zeit, dass man Herrn Haller so besonders in dieser Stadt behandelt und er immer wieder Aufträge bekommt, obwohl man doch in der Tat mittlerweile eine Menge Fragen stellen kann, ob alle diese Berechnungen, die wir vom BAW bekommen haben, denn so seriös sind, wie wir es verlangen müssen, ist vorbei. Insgesamt heißt das, bitte mehr Gutachten von dritten Instituten, aber nicht immer nur vom BAW!

Ansonsten, was Herrn Haller angeht, möchte ich mit dem Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ enden, wenn das Kind dann zu seiner Mutter sagt: „Mama, ich glaube, der Kaiser ist nackt!“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Trüpel, wir wissen, dass Sie ein Gegner dieses Projektes sind und nicht nur dieses Projektes, auch einiger anderer, die uns in der Vergangenheit eine Vielzahl von Besuchern und Gästen gebracht haben. Aber nur, weil Sie dagegen sind,

rechtfertigt dies noch lange nicht, dass Sie die Situation, insbesondere auch die Zahlen, falsch darstellen. Einerseits haben Sie hier sowohl in Ihrem Antrag, in dem zweiten Antrag übrigens auch, als auch in der mündlichen Debatte die Kosten für die Rennbahn und für die Trainingszentrale vermengt, andererseits haben Sie darüber hinaus die Kosten für beides, für das eine wie für das andere, falsch dargestellt. Deswegen lassen Sie mich eingangs dazu ein kurzes Wort sagen.

Wenn in Teilbereichen eines großen und wichtigen Projektes sich ein Teil ändert, dann ist das noch lange kein Grund, um das ganze Projekt falsch darzustellen und damit zu chaotisieren, denn hinter diesem Projekt stehen Investoren, Sie wissen das: auf der einen Seite auf der Rennbahn für ein Hotel und möglicherweise für eine Golfanlage und auf der anderen Seite für die Trainingszentrale und den Trainingsbetrieb. Diese Investoren sind für Bremen und für einen attraktiven Veranstaltungsort wichtig, und sie werden die Lust an uns verlieren, wenn wir so unzuverlässig mit ihnen umgehen und nicht mit ihnen über die Probleme, die im Verlauf auftreten, reden.

Deswegen möchte ich zunächst etwas zu den Fakten und Kosten sagen. Diese sind Ihnen, sehr geehrte Frau Dr. Trüpel, dargestellt worden in einer Vorlage vom 26. Februar 2002, also, Sie kennen diese Fakten und Kosten alle. Sie haben es eben geschildert, die Neugestaltung der Rennbahn, eben gerade mit Beteiligung von privaten Unternehmen, hatte zur Folge, dass kein Platz mehr für die damals über 200 Pferde vorhanden war. Das Ergebnis kennen Sie. Sie haben es kurz dargestellt, aber auch nicht so, wie es wirklich gelaufen ist, denn nach intensiven Bemühungen des Senats und der Politik sind die Gesamtkosten auf 19,7 Millionen Euro gedeckelt worden, und hiervon, das fehlt bei Ihnen völlig, trägt die öffentliche Hand 7,8 Millionen Euro, und der Rest wird eben gerade von privaten Investoren finanziert.

Sie erwecken in Ihrem Antrag aber den Eindruck, als ob die öffentliche Hand elf Millionen Euro allein für die Trainingszentrale finanziert. Diese Zahl ist einfach effektiv falsch. Tatsache ist, dass für diese Trainingszentrale eine Investorengemeinschaft 4,4 Millionen Euro zugesagt hat und dass ein Anteil der Stadt für die Infrastrukturen in Höhe von 1,7 Millionen Euro vorgesehen ist. Das hohe private Engagement ermöglicht uns im Übrigen erst, aus dieser alten und maroden Rennbahn einen attraktiven Veranstaltungsort zu machen und die Trainingszentrale zu realisieren, und diesen Punkt lassen Sie völlig unter den Tisch fallen. Das verzerrt das Bild des gesamten Projektes und ist nicht dazu angetan, Investoren zu ermutigen, sich in Bremen zu engagieren. Deswegen denkt die CDU-Fraktion, dass man so

CDU-Fraktion, dass man so mit einem Projekt nicht umgehen kann, wie Sie dies in Ihrem Antrag tun.

Völlig unerklärlich ist mir die Zahl von 27,6 Millionen Euro Zinsbelastung. Ich möchte zu diesem ganzen Bereich nur darauf hinweisen, dass die unterschiedlichen Positionen des Rechnungshofs und des Wirtschaftsressorts im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich diskutiert worden sind. Dieser Ausschuss ist ein Gremium, das diese Art Dissense regelt und dann eben auch erledigt. Ganz nebenbei, Berichterstatter dieses Themas war Ihr ehemaliger Kollege Herr Mützelburg. Auch Herr Mützelburg hat sich dafür eingesetzt, dass am Ende in dem Rechnungsprüfungsausschuss ein Beschluss herausgekommen ist, der diesen gesamten Komplex regelt. Ich nenne nur einen Bereich, weil Sie, Frau Dr. Trüpel, darauf eingegangen sind. Flächen, die als Überhangflächen von der BIG mitaufgekauft worden sind im Rahmen der Entwicklung der Mahndorfer und Arberger Marsch, sind auch dort bezeichnet worden, und zwar sowohl als Möglichkeit, sie für die Trainingsbahn zu nutzen, als auch als Möglichkeit, sie für die Sandentnahme zu nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Der Beschluss, der dort zustande gekommen ist, ist im Übrigen bei einer Enthaltung mit der Stimme von Herrn Mützelburg gefasst worden. Soweit zum Hintergrund dessen, was Sie hier neu aufrollen wollen!

Ich gebe Ihnen in einem Punkt allerdings Recht. Die Situation der Trainingsbahn stellt uns vor dem Hintergrund des Weggangs von Trainer Wöhler vor neue Fragen, Fragen, wie zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit unter geänderten Bedingungen denn aussehen kann oder welche Alternativen zu Wöhler denkbar sind. Aber das sind Fragen, die in erster Linie der Investor zu beantworten hat. Es wird auch gerade darauf ankommen, ob er neue Trainer für den Standort gewinnen kann, ob neue Arbeitsplätze entstehen und wo denn die restlichen 120 Pferde trainieren können.

Entscheidend wird aber vor allem auch sein, welche Auswirkungen ein Verzicht auf eine Trainingszentrale, so wie die Grünen ihn propagieren, auf die arrondierte und neu gestaltete Rennbahn insgesamt hat. In diesem Zusammenhang ist auch zu fragen, ob zum Beispiel die gerade neu gewonnenen Sponsoren und die, die wir noch gewinnen wollen, auch dann noch Interesse haben, ihr Geld zu investieren, wenn keine Trainingszentrale vorhanden wäre, und ich bin überzeugt davon, dass ein Sponsoring ohne Trainingsbetrieb immer nur second best ist.

Uns darf deswegen nicht passieren, dass das Rennengeschehen in der Vahr durch eine fehlende Trainingsbahn leidet und die dort engagierten Investoren verunsichert werden. Wir legen Ihnen daher einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen vor, mit dem wir den Senat bitten, in enger Absprache mit dem Investor die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Trainingsbahn erneut zu überprüfen. Mit Ihrem Antrag, sehr geehrte Frau Dr. Trüpel, kippen Sie das Kind mit dem Bade aus, ohne die Fragen, die ich eben gerade aufgeworfen habe, zu lösen oder zu beantworten.

Ich möchte aber noch auf einen ganz anderen Punkt eingehen. Der Weggang von Trainer Wöhler basiert sicher nicht nur auf guten Angeboten aus dem Ruhrgebiet. Es kann ihm wohl niemand verdenken, wenn er das Vertrauen in den Fortgang dieses Projektes einigermaßen verloren hat, wenn die öffentlich-rechtliche Planung drei Jahre dauert. Ich darf daran erinnern, der Planungsbeginn war 1999, der Bebauungsplan ist letzte Woche endlich beschlossen worden. Ein solches Verfahren inklusive Emissionsschutz, Kampfmittleräumung, Einschaltung eines Landesarchäologen und wer immer noch beteiligt werden muss, das ist nun nicht gerade ein Anlass, um großes Vertrauen zu wecken.

Auch hier zeigt sich der dringende Bedarf, die Abläufe schnell und praktikabel zu gestalten. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir wohl kaum ein Musterbeispiel einer Modellregion werden. Insofern hoffe ich, dass diese Probleme im Rahmen der Deregulierungskampagne umgehend aufgegriffen werden und die Modellregion Bremen nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern dass wir in Bremen wirklich beispielhaften Bürokratieabbau betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben, Frau Dr. Trüpel, Recklinghausen angesprochen, Recklinghausen dann aber gleich sehr weiträumig, das ganze Ruhrgebiet. Deswegen möchte ich gern noch etwas sagen zur aktuellen Situation der Rennbahn in der Vahr. Nachdem nun dieser eine Rennbetrieb in Recklinghausen in Schwierigkeiten geraten ist, ist es gerade auch angesichts der privaten Investitionen wenig hilfreich, Bremen mit den Problemen anderer in Verbindung zu bringen, und es gibt dazu auch aktuell keinen Anlass.

Der Umsatz der Rennbahn, Sie konnten es auch der Presse der vergangenen Woche entnehmen, konnte verbessert werden, und zwar ist der Bahnumsatz in der Rennbahn in 2002 um rund 300.000 Euro verbessert worden, die Besucherzahlen

konnten von 3000 auf 4000 Besucher gesteigert werden, und die Tendenz, so die Auskunft, scheint sich auch dieses Jahr so fortzusetzen. Es konnten darüber hinaus auch neue Sponsoren gewonnen werden. Diese neuen Sponsoren werden sich morgen im Freitagsrennen auch der Öffentlichkeit vorstellen.

Zu dem neuen Konzept für eine hoch attraktive Rennbahn zählt auch, das konnten Sie ebenfalls der Presse entnehmen, die Planung, im Innenraum eine öffentliche Golfanlage zu bauen. Ich hoffe, dass die Hotelverträge heute Morgen unterschrieben worden sind, und ich gehe davon aus, dass sich der Aufsichtsrat der BRG in der nächsten Woche für eine Golfanlage entscheiden wird. Mit solchen neuen Elementen und neuen Konzepten sagen uns die Insider, dass Bremen heute schon als ein Aushängeschild des deutschen Turf benannt ist. Insofern sollten wir konstruktiv und optimistisch nach vorn schauen, statt durch verzerrte Darstellungen Bremer wie Investoren zu verunsichern. Ich darf nur auf das Beispiel Universum hinweisen. Wenn wir denn alle begeistert sind und alle anderen mitziehen, dann wird auch etwas daraus, wenn wir alles schlecht reden, dann haben wir große Probleme. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalition legt vielleicht, wie Frau Dr. Trüpel sagt, überraschend einen Antrag zur Trainingsrennbahn vor. Im Kern haben wir den Unterschied, dass wir im Gegensatz zum Bündnis 90/Die Grünen mehr erfahren möchten, wie der Sachstand tatsächlich ist, welche Konsequenzen dies hat oder welche Konsequenzen dies haben muss. Wir halten, wengleich das in Ihrer Haltung selbstverständlich konsequent ist, wie Sie 1999 schon deutlich gemacht haben, es für falsch, jetzt den Stopp an der Trainingsrennbahn zu erklären und sich nicht die Mühe zu machen, mit den privaten Investoren zu reden. Das ist für uns kein Verständnis von Public private partnership.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich sehen wir genauso wie Sie, dass durch den Weggang von Trainern in der Tat eine grundsätzliche Veränderung der Situation eingetreten ist, das lässt sich nicht leugnen. Deshalb brauchen wir auch eine Neubewertung der

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Gesamtsituation. Im Übrigen glaube ich, Frau Kollegin Winther, dass gerade dieses Verfahren der gewissenhaften Prüfung in der Arberger/Mahndorfer Marsch nicht geeignet ist, dies im Rahmen der Innovationszone zu regeln, insbesondere deshalb nicht, weil ich glaube, dass Innovationszone ein bisschen mehr ist als nur die Deregulierung. Da unterscheiden wir uns dann durchaus.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der von uns in unserem Antrag geforderten erneuten Prüfung der Notwendigkeit der Anlage und ihrer Wirtschaftlichkeit stehen wir in einer guten Tradition. Bereits beginnend 1999 und mündend in den Beschlüssen der Wirtschaftsförderungsausschüsse vom Mai 2000 ist es uns damals gelungen, Frau Dr. Trüpel hat darauf hingewiesen, dass wir die öffentlichen Mittel um fast 50 Prozent haben reduzieren können. Wir haben es erreichen können, dass das private Invest an beiden Standorten, weil es ein Gesamtkonzept ist, mehr als 60 Prozent ausmacht. Dies war schon damals ein guter Erfolg, und ausweislich des zweiten Sachstandsberichts, welcher der Wirtschaftsdeputation am 6. März 2002 überreicht worden ist, geht es zunächst einmal um 1,79 Millionen Euro öffentliches Invest für die Trainingsrennbahn. Ich komme auf die Frage Rechnungshof gleich noch zu sprechen. Dem steht ein privates Invest von ungefähr 4,2 Millionen Euro gegenüber. Gerade dieses Verhältnis macht es für uns notwendig, dass wir mit den privaten Investoren das Gespräch auch wirklich führen.

Selbstverständlich ist es richtig, dass wir mit öffentlichen Geldern gerade in dieser Zeit, eigentlich schon damals wie auch heute, sehr gewissenhaft umgehen müssen. Ich denke aber, dass die Bestrebungen, die 1999 eingesetzt haben und dann zu diesen deutlichen Reduzierungen in 2000 geführt haben, und das, was wir Ihnen hier heute vorlegen, eine konsequente Fortführung genau dieses Kurses ist, nämlich zu überprüfen, ob die Dinge, die wir hier planen, tatsächlich noch wirtschaftlich sind, ob sie notwendig sind, ob sie insgesamt für die Stadt Sinn machen.

Nun möchte ich noch kurz einige Anmerkungen machen zu den Begründungen, die hier vorgebracht worden sind und die sich auf den Rechnungshofbericht beziehen. Ich darf vielleicht noch einmal darauf hinweisen, dass der städtische Rechnungsprüfungsausschuss und ihm beitreten dann auch die Stadtbürgerschaft sich mit dem Fall befasst haben und zu der Schlussfolgerung gekommen sind, dass zukünftig projektbezogene Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorzulegen sind. Diese Auffassung teilen wir ausdrücklich. Es muss erkennbar sein, wenn wir ein Projekt haben, wie

die Kosten zustande kommen und wie die einzelnen Einnahmen- und auch Ausgabenpositionen dort sind.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist ein Beschluss der Stadtbürgerschaft. Er bindet uns auch durchaus alle.

Neben dieser generellen Empfehlung hat der Rechnungsprüfungsausschuss dann aber gesagt, es ging bei dem Erwerb der Grundstücke eben nicht um eine Summe von 8,9 Millionen Euro, wie der Rechnungshof gesagt hat. Der Rechnungsprüfungsausschuss und die ihm beitretende Stadtbürgerschaft haben gesagt, es war eine Summe von 6,8 Millionen Euro. Das heißt eindeutig auch, dass die Stadtbürgerschaft dieser Auffassung, die als Begründung für den Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen dient, nicht beigetreten ist. Insofern reden wir hier über unterschiedliches Zahlenwerk.

Ich glaube aber, dass für die Auseinandersetzung über die Zahlen hier und heute auch der falsche Ort ist, weil wir hier eine ausführliche Berichterstattung und Transparenz und die Beantwortung weiterer Fragen brauchen, die ich nachher auch noch benennen werde. Wir gehen hier sonst von verschiedenen Grundlagen aus und werden aneinander vorbeireden und damit auch an der Sache vorbei.

(Glocke)

Ich denke, das ist dem Thema nicht dienlich.

Präsident Weber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Liess** (SPD): Ja!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Liess, Sie haben auf die Frage einer gründlichen Prüfung durchaus noch einmal sehr gründlich hingewiesen. Zu dem, was Frau Winther gerade sagte, dass heute Morgen bereits die Hotelverträge unterzeichnet worden sind: Inwieweit sehen Sie da eine solche ernsthafte Prüfung gefährdet? Sind dadurch schon Voraussetzungen gefallen?

Abg. **Liess** (SPD): Herr Kollege, wir reden im Augenblick über die Trainingsrennbahn, und wir reden selbstverständlich auch über ein Gesamtkonzept. Hinsichtlich der Thematik Trainingsrennbahn sehe ich das Problem dort nicht, insbesondere deshalb nicht, weil ja gerade auch Trainer abgewandert sind und damit eine grundsätzliche Ver-

änderung da ist. Ich sehe die Notwendigkeit, sich darüber auszutauschen und zu bewerten, wie die Situation jetzt aussieht, aber ich glaube nicht, dass mit der Grundsteinlegung des Hotels ein Präjudiz geschaffen worden ist.

Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitsberechnung hat der Rechnungsprüfungsausschuss im Übrigen empfohlen, dass nach Abschluss des Gesamtprojekts dann ein zwischen Wirtschaftsressort und Rechnungshof abgestimmter Gesamtbericht vorgelegt werden soll. Ich denke, das ist auch sicherlich nötig. Aber wir müssen noch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir heute über 1,79 Millionen Euro öffentliches Invest in der Trainingsrennbahn und über 6,8 Millionen Euro, die beim Grundstücksverkauf an zusätzlichen Kosten entstanden sind, reden. Das ist natürlich eine Summe, über die wir angesichts der Haushaltslage reden müssen.

Selbstverständlich besteht, ich habe schon darauf hingewiesen, ein Zusammenhang zwischen der Trainingsrennbahn und der Galopprennbahn. Es ist natürlich immer ein Gesamtprojekt gewesen, und von daher gibt es auch Fragen, die wir erörtern haben möchten. Wir möchten wissen, ob eine mögliche Aufgabe der Trainingsbahn Auswirkungen auf die Galopprennbahn hat, und zwar sowohl was die betriebswirtschaftlichen, als auch was die regionalwirtschaftlichen Effekte angeht. Wir wollen wissen, ob durch den Weggang von Trainern nun an anderer Stelle neue Bedarfe entstanden sind. Wir wollen wissen, welche Effekte sich aus der möglichen Aufgabe der Trainingsrennbahn für das Gesamtrenngeschehen in Bremen ergeben, und wir wollen vor allem wissen, wie die Situation von den privaten Investoren eingeschätzt wird, und wir wollen eine Transparenz der Kosten.

Was wir im Übrigen nicht wollen, um das auch deutlich zu sagen: Ich glaube, es sind genügend Bremer Gesellschaften und das Wirtschaftsressort damit beschäftigt, als dass wir ein neues Gutachten brauchen. Wir haben die HVG, die beteiligt ist, die Bremer Rennbahngesellschaft, die beteiligt ist, wir haben die BIG, die im Bereich der Mahndorfer Marsch beteiligt ist, wir haben das Ressort, das das Ganze koordinieren muss. Anlass für ein neues Gutachten sehe ich in diesem Zusammenhang nicht.

Meine Damen und Herren, wir haben Fragen, deren Beantwortung dazu führen kann, dass wir zu der Konsequenz kommen, wie der grüne Antrag aussieht, aber diese Fragen müssen erst beantwortet werden. Von daher darf ich Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Trüpel, Sie haben einen ungewöhnlichen Theaterdonner inszeniert. Sie hätten eigentlich wissen müssen, was der Rechnungsprüfungsausschuss dazu gesagt hat, und ich will das auch gar nicht alles aufdröseln, und Frau Winther und Herr Liess haben auch genug dazu gesagt.

Es gibt einen Punkt, bei dem wir im Grunde genommen aufhören müssen, Dinge permanent öffentlich zu machen. Wir haben einen privaten Investor, der bei uns im Wort steht. Das ist auch eine Familie, die hier in Bremen sehr viel getan hat, die hier ungewöhnlich viele Arbeitsplätze geschaffen hat. So wie Sie bei den Grünen sich das vorstellen, wie man mit Investoren in Bremen umgehen soll, wie das aus Ihrem Antrag deutlich wird, so wollen wir das nicht machen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben Vorstellungen, wie man mit Steuern umgeht!)

Bevor Ihr Antrag vorlag, sind in meinem Ressort bereits die Gespräche mit dem Investor geführt worden. Der Investor ist seit mehreren Wochen dabei, Gespräche zu führen, um möglicherweise einen Ersatz für den Wegzug von Herrn Wöhler und seinen Pferden zu schaffen. Diese Chance muss man ihm geben. Wir haben hier natürlich auch zu prüfen, ob wir den Investor aus seiner Verantwortung entlassen. Es geht doch nicht nur darum, dass wir einem Investor sagen, wir wollen dich nicht mehr, weil wir das Ganze nicht wollen, sondern es geht auch darum, dass wir prüfen, wenn wir eine solche Gesamteinrichtung wie die Rennbahn Vahr haben, ob möglicherweise ohne das private Investment Folgewirkungen eintreten. Deshalb sind ein Teil der Fragen, die Herr Liess gestellt hat, Selbstverständlichkeiten, die abgearbeitet werden müssen, da brauchen wir sozusagen auch nicht eine besondere Koalitionsproblematik zu erzeugen.

Wir haben in der nächsten Woche noch einmal ein intensives Gespräch mit dem Investor. Wir werden sehen, wie es sich entwickelt, und, meine Damen und Herren, ich glaube, dass der Investor selbst wie auch wir ein Interesse daran hat, dass es Sinn macht, wenn privates und öffentliches Geld investiert wird. Ich kenne übrigens ganz wenige private Investoren, die vorsätzlich in Dinge investieren, die für sie keinen Sinn machen. Ich kenne ganz wenige, und vorsätzlich schon gar nicht! Deshalb ist es so, dass wir natürlich diese Prüfung durchführen wollen, mit dem Investor gemeinsam das

Projekt durchzuprüfen. Hier ist genügend über die Abgrenzung zwischen der Trainingsbahn und der Rennbahn selbst gesagt worden.

Wir werden Sie über das Ergebnis der Gespräche informieren und auch darüber, welche Konsequenzen wir vorschlagen, dass sie gezogen werden sollen, und werden das dann in den Gremien vernünftig diskutieren und dies vor allen Dingen in ein vernünftiges Verfahren bringen, weil ich nicht glaube, dass die Bürgerschaft gut beraten wäre, und die beiden Koalitionsfraktionen wollen das hier ja offensichtlich auch nicht, einfach so einen Knall-auf-Fall-Beschluss zu fassen und einen Investor vor die Tür zu setzen, ohne die Dinge inhaltlich wirklich präzise und sauber geprüft zu haben. Deshalb werden wir die Prüfung durchführen, und wenn sie abgeschlossen ist, dann werden wir darüber berichten.

Die Rennbahn ist die zweitgrößte Veranstaltungsstätte, die wir in Bremen haben, und sie hat allein von der Größe eine besondere Bedeutung. Deshalb hat es auch große Anstrengungen gegeben, sie attraktiver zu machen, sie mit einem Hotel mit weiteren Einrichtungen auszustatten, das Spektrum von Veranstaltungsmöglichkeiten zu erweitern und damit natürlich den wirtschaftlichen Nutzen für die Freie Hansestadt Bremen zu erhöhen und zu vergrößern. Dies ist nach wie vor das Ziel, und wir werden abwarten, wie die Gespräche des Investors ausgehen, und dann werden wir erneut berichten. Ich kann das nicht ausschließen, dass der Investor zu dem Ergebnis kommt, dass es sich nicht mehr rechnet, aber ihm vorzuschreiben, wann es sich rechnet und wann es sich nicht rechnet, das traue ich mir auch nicht zu, das halte ich auch nicht für richtig.

Mir liegt daran, Henning Scherf hat das hier neulich sehr deutlich gesagt, wenn wir rote Teppiche für die Investoren ausrollen, dann bedeutet das noch lange nicht, dass wir die Frage der Sinnhaftigkeit und der Plausibilität der Investition nicht mehr stellen, aber Investoren müssen sich bei uns in Bremen darauf verlassen können, dass das Wort, das wir Investoren gegeben haben, von unserer Seite gilt und dass wir das nicht beliebig aufheben, ohne die Dinge geprüft zu haben und zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen zu sein. Deshalb akzeptiere ich den Beschluss der Koalitionsfraktionen sehr gern. Er deckt sich auch mit unseren Vorschlägen, die wir dazu gemacht haben, und ich denke, wir sind damit auch auf einem sauberen, fairen und ordentlichen Weg, um dieses Problem zu lösen, in welche Richtung auch immer.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch ein paar kurze Anmerkungen und Reaktionen auf die Vorredner!

Herr Bürgermeister Perschau, ich bin weit davon entfernt, auch wenn ich weiß, dass Sie mir und den Grünen das insgesamt immer unterstellen, dass wir völlig unsensibel wären, was die Frage des Umgangs und der Pflege von Investoren angeht.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Im Prinzip schon!)

Gegen Ihre Wahrnehmung kann ich nichts tun, aber ich möchte noch einmal betonen, warum wir beide an dem Punkt vielleicht so unterschiedlich denken, auch wenn ich mir diese Kritik von Ihnen nicht zuziehe, aber warum ich an einem gewissen Punkt von einer anderen Seite komme und welche Konsequenzen das hat.

Ich glaube, dass wir, und Herr Liess hat auch noch einmal darauf hingewiesen, in den Zeiten einer so angespannten Haushaltslage als Politikerinnen und Politiker, die Verantwortung für unser Bundesland tragen, in erster Linie überlegen müssen: Welche staatlichen Investitionen wollen wir mit welcher Priorität tätigen? Welche sind die absolut wichtigsten und unerlässlichen, und welche sind zweiter oder dritter oder vierter Art, auf die man eventuell auch verzichten können muss, auch wenn es einem an manchen Punkten weh tut? Ich möchte noch einmal hinzufügen, auch wenn es im Prinzip wünschenswerte Investitionen sind, bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir in den jetzigen Zeiten den Mut haben müssen, Prioritätenentscheidungen zu treffen.

Dann hat Herr Liess richtig gesagt, dass die Grünen in dieser Frage, wie ist das staatliche Engagement sowohl bei der Rennbahn als auch bei der Trainingsrennbahn, schon seit ein paar Jahren eine Haltung hatten, dass dies für uns nicht erste Priorität hat. Wenn die Zeiten besser wären, könnte man über diese Form von Public private partnership nachdenken, wobei wir dann immer auf den privaten Anteil genau wie Sie besonders gedrängt haben, in den schwierigen Haushaltszeiten, in denen wir gern die Kinder in den Kindergärten und Schulen fördern wollen, wir jedenfalls nicht die Bäder schließen wollen, weil es Lebensqualität für die Leute vor Ort hat, in denen wir

nicht wollen, dass die Aidshilfe kaputtgeht, in denen wir wollen, dass die Frauengleichstellungsbeauftragte weiter arbeiten kann.

All diese Fragen schwingen im politischen Raum immer mit, wenn wir auch über die Frage, welches staatliche Engagement gibt es bei der Rennbahn, diskutieren. Das nur einmal zur Frage des politischen Horizonts! Da allerdings stehe ich sehr dazu, dass man sehr verantwortlich überlegen muss, welches Geld gibt der Staat in welchen Zeiten mit welcher Schwerpunktsetzung für was aus. Da haben wir, Sie haben das richtig dargestellt, bei der Rennbahn nicht das Gefühl, dass sie mit zu den wichtigsten Projekten gehört, wo der Staat sich so engagieren muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben das, und auch vor allem mit Drängen der CDU, anders entschieden. Dann kommt die Seite der privaten Investoren herein. Ich finde auch, dass man ganz prinzipiell, was Wirtschaftspolitik angeht, ein hohes Interesse daran haben muss, dass es so etwas wie Public private partnership gibt, und viele Projekte sind überhaupt nur noch so entwickelbar, das ist ja völlig richtig. Sie haben auch Recht, Herr Bürgermeister, wenn Sie sagen, dass gerade private Investoren in der Regel vorsichtiger sind, was Investitionen angeht, als das manchmal bei der öffentlichen Hand ist, aber es ist auch richtig, dass natürlich, auch wenn es zu bedauern ist, auch private Investoren schon Fehler gemacht haben und auch ihr Geld in Projekte gesteckt haben, die sich dann letztendlich nicht wirklich gerechnet haben.

Das zu der prinzipiellen Haltung! Ich finde das sehr richtig, und das müssen Sie als Regierung auch machen, dass Sie jetzt darauf drängen, dass alle diese Fragen, die da im Raum stehen, beantwortet werden. Wir haben da grundsätzlich eine andere Haltung als Sie, deswegen habe ich versucht, das noch einmal zu erläutern, was da unser Verständnis von Staat und privater Wirtschaft bei einem solchen Projekt ist, aber ich würde Sie noch bitten, auch bei Ihren Detailplanungen da noch eine Frage mit zu berücksichtigen, weil Sie jetzt immer gesagt haben, die Trainingsrennbahn müsse in der Marsch realisiert werden, weil das gar nicht mehr in der Vahr gehe. Meines Kenntnisstands nach ist es so, dass die Frage des Neubaus des Hotels in der Vahr durchaus relevant ist für die Frage, wo denn die Trainingsrennbahn ist. Sie war ja bisher auf dem Gelände der Rennbahn Vahr. Einerseits ist begründet worden, durch Herrn Wöhlers Ambitionen und durch den Hotelneubau müsse die Trainingsrennbahn verlagert

werden. Man könnte sich auch generell denken, dass man auf den Hotelneubau verzichtet, weil man dann den Platz für die Trainingsrennbahn da behalten kann. Ich finde, dass in solchen Zeiten wie jetzt auch eine solche Überlegung durchaus noch einmal getätigt werden muss und man das nicht einfach als gegeben hinnehmen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/24 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/24 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/25 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/25 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen noch einen nicht allzu terminreichen Abend.

Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 15.46 Uhr)